



Pro Zukunft

**Fraktion Grüne/B90-Prozukunft
im Kreistag Märkisch-Oderland**

Fraktionsbüro
August Bebel-Str. 22
15344 Strausberg

Fraktionsvorsitz
Burkhard Paetzold
Tel: 03341-207050
Email: b.paetzold@o2online.de

Stellv. Fraktionsvorsitz
Monika Märten
Email: monika.maerten@prozukunftmol.de

Kreistagsanfrage

zur Wohnsitznahme von Asylbewerbern außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte.

Sehr geehrter Herr Landrat,

unsere Fraktion hat in den vergangenen Monaten verschiedene Anfragen zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern gestellt.

In den Antworten darauf wurde zunächst der Eindruck erweckt, dass Entscheidungen mehr oder weniger aus verwaltungstechnischen Gründen bis dato noch nicht getroffen werden konnten, aber unmittelbar bevor stünden. Eine andere Argumentation war z.B., dass zunächst eine Richtlinie erarbeitet werden müsse, deren Fertigstellung nur noch eine Frage von Tagen sei.

Nach einer Antwort von Herrn Berendt auf eine Anfrage aus dem Landtagsbüro von Herrn Jungclaus, mit Email vom 22.12. 2015 könnte demgegenüber jedoch der Eindruck entstehen, dass der Landkreis zwischen dem 7. Juli und Dezember gar keine Anträge bearbeitet hat:

Die genannten Zahlen sagen, dass am 7.7.15 über 30 Anträge entschieden waren und die Bescheide noch im Juli versandt werden sollten. Weitere 12 Anträge waren in Arbeit. Macht 42 Anträge.

Laut Antwort am 22.12. seien für 19 Personen Bescheide versandt worden (d.h. sie waren zwar am 7.7. bereits bearbeitet, konnten aber offenbar doch nicht im Juli versandt werden) und für 30 Personen seien Bescheide in Arbeit. Macht 49 Personen.

Da ein wirklicher Vergleich nicht möglich ist, da es bei der ersten Aussage um Anträge geht und in der zweiten Aussage um Personen, bitten wir um detaillierte Auskunft auf folgende Fragen:

- 1. Wieviele Anträge für jeweils welche Personenzahl lagen je Monat vor und wieviele davon wurden je Monat seit dem 1.1.2015 bis heute bearbeitet?**
- 2. Welche dieser Anträge wurden jeweils zu welchem Zeitpunkt zustimmend bzw. ablehnend beschieden?**
- 3. Welche Vorausschau können Sie geben: Wieviele Anträge sind noch unbearbeitet und wann ist mit einer Bearbeitung zu rechnen?**
- 4. Ist die angekündigte Richtlinie inzwischen fertiggestellt worden? Wenn nein, welche Gründe gibt es dafür? Wenn ja, wann wird sie veröffentlicht?**

Inzwischen haben Sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten ausdrücklich für einen Vorrang der Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften (GU) (bzw. in an GU angegliederten „Wohnverbänden“) ausgesprochen.

Diese Position ist uns letztlich auch aus Kostengründen unverständlich.

Die allermeisten Landkreise in Brandenburg setzen andere Prioritäten, weil aus ihrer Sicht offenbar bei der dezentralen Unterbringung von Familien bzw. alleinstehenden Frauen mit Kindern mit der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften neben Vorteilen, wie einer Verbesserung der Lebenssituation, verbesserten Möglichkeiten einer Integration und Identifikation bzw. einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung auch geringe Kosten entstehen. (siehe dazu eine Kostenaufstellung der Stadt Frankfurt/Oder <https://ratsinfo-mobil.de/frankfurt-oder-bi/vo020.asp?VOLFDNR=2587&options=4>


(Eine Kalkulation mit tendenziell ähnlichem Ergebnis gibt es auch im Landkreis OSL, siehe dazu eine Antwort auf eine Anfrage aus dem Kreistag OSL im Anhang).

Insbesondere die Argumentation geringerer Kosten würden wir gerne angesichts der Haushaltsdiskussion, die ja nicht absehbar hohe Zusatzkosten durch die Aufnahme von Asylbewerbern kritisch herausstellt, näher betrachten. Sicher gibt es dazu auch in unserem Landkreis eine Kostenkalkulation.

Deshalb haben wir eine weitere Anfrage.

5. Wir bitten um Offenlegung der Kostenkalkulation, für den Kostenvergleich zwischen Gemeinschaftsunterkünften (GU) - an GU angegliederten Wohnverbänden - und dezentraler Wohnungsunterbringung.

Mit freundlichem Gruß,



Datum (11.02.2016)

Fraktionsvorsitzender